

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Ulrich Oehme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/15737 –

Den afrikanischen Binnenmarkt stärken – Chancen für die deutsche Wirtschaft nutzen – Migration stoppen durch eine reale „Perspektive Heimat“

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass Afrika aufgrund seiner demographischen Entwicklung ab dem Jahr 2035 das größte Arbeitskräftepotential weltweit besitzen werde. Die sich sowohl auf kontinentaler als auch regionaler Ebene abzeichnende synergetische Dynamik in Afrika speise sich aus dem Willen der Afrikaner, ihre Entwicklung durch eine selbstbestimmte Politik voranzutreiben. Deutschland sollte diese Politik unterstützen und die Schaffung eines funktionierenden afrikanischen Binnenmarktes befördern, mit dem die ökonomische Fragmentierung überwunden werden soll und der für die Entwicklung Afrikas von zentraler Bedeutung sei, auch um die Migrationsströme und die Abwanderung von Fachkräften aus Afrika zu unterbinden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/15737 abzulehnen.

Berlin, den 27. Mai 2020

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Matern von Marschall
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Eva-Maria Schreiber
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Matern von Marschall, Dr. Sascha Raabe, Dietmar Friedhoff, Olaf in der Beek, Eva-Maria Schreiber und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/15737** in seiner 133. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die ordnungspolitischen Bemühungen der afrikanischen Staaten zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, insbesondere zur Verbesserung der regionalen Investitions- und Handelsstandards, in Verbindung mit der deutschen Privatwirtschaft und unter Einbeziehung der afrikanischen Regierungen noch stärker als bisher zu fördern, auch um den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft zu erschließen und die Abwanderung afrikanischer Fachkräfte nach Europa zu unterbinden.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung die Staaten der Economic Community of West African States (ECOWAS) im Zuge der geplanten Einführung der westafrikanischen Gemeinschaftswährung „Eco“ auf die nach Auffassung der Antragsteller damit verbundenen Gefahren hinweisen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Das Votum des **Auswärtigen Ausschusses** lag zur angegebenen Frist nicht vor.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage 19/15737 in seiner 93. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage 19/15737 in seiner 73. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage 19/15737 in seiner 82. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 55. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass der vorliegende Antrag zeitgleich zur ersten Lesung mit einem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, in dem eine stärkere Annäherung und ein intensiverer Austausch Europas mit den Staaten Nordafrikas gefordert werde, im Plenum beraten worden sei. Die Forderungen im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD würden die Ansätze der AU konterkarieren, insbesondere deren Agenda 2063, mit denen der Aufbau eines starken afrikanischen Binnenmarktes erreicht werden sollten. Die Fraktion der AfD unterstütze mit ihrem Antrag genau diese Bemühungen, denn Deutschland sollte mit seinen Erfahrungen sowohl

beratend als auch wirtschaftlich agieren. Diese Aktivitäten würden auch Deutschland nutzen, wobei es nicht darum gehe, Afrika ausplündern zu wollen. Das Gegenteil sei der Fall, wie sich am Beispiel Baumwolle zeige, wo man viel mehr auf dem afrikanischen Kontinent produzieren könnte, um vor Ort mehr Wertschöpfung, Teilhabe und Nachhaltigkeit zu erreichen. Man wolle alles tun, um die selbst gesetzten Ziele Afrikas voranzubringen. Auch das BMZ beschreibe als Ziel ihrer Arbeit, die Agenda 2063 zu unterstützen, und dementsprechend hätte man einen Antrag erstellt, dem alle zustimmen könnten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält dagegen, dass man auf den ersten Blick den Eindruck gewinne, dass der Antrag der Fraktion der AfD gefällig sei. Wenn man aber genauer hinschaue, dann finde man sehr schnell die beiden Schlüsselworte „Verhinderung von Migrationsströmen“ und „Gefahren der Währungsunion“. Insgesamt sei der Inhalt von einer großen Unkenntnis und Unbedarftheit geprägt; vor allem verkenne er die Geschichte der europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen Europas zu Westafrika. Man wolle nicht nur faire Handelsabkommen mit Westafrika, sondern mittelfristig entsprechende Verbindungen mit der gesamten AU. Außerdem verfolge man das Ziel, den Austausch mit Nordafrika voranzubringen, da die geografische Nähe zu Europa mehr als offensichtlich sei. Der Antrag der AfD fordere eine „echte“ Perspektive Heimat, aber genau diese liefere das BMZ mit dem gleichnamigen Programm, durch das bereits 16 000 Menschen in ihre jeweiligen Heimatländer zurückgekehrt seien. Dann werde gefordert, die Investitionsbedingungen zu stärken; auch das mache man bereits im Rahmen der „Compact with Africa“-Aktivitäten. Man versuche also, die Rahmenbedingungen in Afrika zu verbessern, was in Analogie zu den Aktivitäten im EU-Binnenmarkt und in der EU-Währungsunion erfolge. Diese Maßnahmen würden alle auf Augenhöhe mit den Partnerländern entwickelt und durchgeführt. Die Fraktion der AfD sehe darin nur Gefahren oder beschwöre diese herauf. Der Antrag sei durchsichtig, überflüssig und hinke der Zeit hinterher, und deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU diesen ab.

Die **Fraktion der SPD** ergänzt, dass man bei der Behauptung, den Binnenmarkt in Afrika stärken und darüber hinaus Absatzmärkte für Deutschland generieren zu wollen, die daraus entstehenden Schäden und negativen Folgen für Afrika völlig außer Acht lasse. Genau diese führten in der Konsequenz jedoch dazu, dass sich der Kontinent nicht entwickeln könnte; derartige Ansätze würden sich in dem Antrag nicht finden. Das gelte ebenso für Landgrabbing oder einseitige landwirtschaftliche Subventionen, die sich ebenfalls negativ auswirken würden. Eine verbindliche Festschreibung von Arbeitnehmer- und Menschenrechten sei ebenfalls nicht vorhanden. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit derartigen Anträgen der Fraktion der AfD innerhalb des AwZ unterscheide sich massiv von einer Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages, denn dort gehe es nur um „Migration stoppen“ und „Deutschland first“. Im AwZ gebe es Ansätze, sich sachlich über eine Partnerschaft mit Afrika auseinanderzusetzen, aber im Plenum gehe es den Abgeordneten der Fraktion der AfD ausschließlich um floskelhafte Schlagzeilen für die sozialen Medien. Die Fraktion der SPD werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass man den Antrag aus politischen und inhaltlichen Gründen ablehnen werde. Es sei unbestritten, dass man die AU bei ihren Bestrebungen für die Agenda 2063 unterstützen müsse. Das gelte allerdings nicht nur für die ECOWAS in Westafrika, sondern müsse für alle Wirtschaftsgemeinschaften Afrikas, wie die Southern African Development Community (SADC) im südlichen Afrika, die Economic Community of Central African States (ECCAS) in Zentralafrika oder die East African Community (EAC) in Ostafrika, gelten. Für die Fraktion der FDP sei dabei eine Koordinierung über die EU entscheidend, denn das könne Deutschland alleine nicht leisten. Der Begriff EU finde sich kein einziges Mal im vorliegenden Antrag, und das zeige, dass er inhaltlich dürftig sei. Politisch gebe es definitiv keine Übereinstimmung, denn die Fraktion der AfD würde Wirtschafts- und Handelsbeziehungen immer als Einbahnstraße sehen. Die Fraktion der FDP trete hingegen für freie und liberale Märkte ein, und es sei für sie ebenso wichtig, ein Marktklima zu schaffen, das allen eine Partnerschaft auf Augenhöhe ermögliche. Man müsse darauf achten, dass sich die EU nicht weiter abschotte, sondern ihre Standards so gestalte, dass sie insbesondere für afrikanische Partner erreichbar wären. Dieser Antrag sei „bewahrend“, und das sei in diesem Zusammenhang schlecht.

Die **Fraktion DIE LINKE** wendet ein, dass der vorliegende Antrag einige richtige Aspekte und Forderungen enthalte, wenn es um die eigenständige Entwicklung der Wirtschaft, der Regionen oder eines Binnenmarktes und deren Unterstützung durch die Entwicklungspolitik gehe. Im weiteren Antragstext werde allerdings sehr schnell deutlich, dass lediglich deutsche wirtschafts- und migrationspolitische Interessen im Vordergrund stehen würden. Der Hinweis auf die Unterstützung von eigenständigen Entwicklungen sei also lediglich das Einfallstor, um „einen Fuß im Machtspiel“ um Einfluss im deutschen Interesse zu behalten. In dem Antrag der Fraktion der AfD werde von „den Afrikanern“ gesprochen, obwohl es 55 Staaten mit eigener Bevölkerung, Interessen und Anliegen gebe. Die Bezüge zur Eigenverantwortung blieben sehr vage und allgemein, wohingegen die deutschen Interessen

exakt aufgeführt würden, nämlich die Förderung und Einbeziehung der deutschen Privatwirtschaft in die Entwicklung des afrikanischen Binnenmarkts zur Erschließung neuer Absatzmärkte und eine Unterbindung von Fachkräftemigration aus Afrika nach Europa. Die Forderung, über die Mittel der EZ auf die entstehenden Gefahren bei einer möglichen Einführung einer neuen Gemeinschaftswährung der ECOWAS hinzuweisen, sei abstrus, denn derartige Überlegungen in dieser Region des Kontinents seien völlig unrealistisch. Dieser Antrag zeige letztendlich ein nationalistisches und kolonialistisches Ansinnen, was auch noch einmal in der Begründung deutlich werde. Deswegen lehne die Fraktion DIE LINKE. den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass aus den von der SPD bereits genannten Gründen ebenfalls kein Interesse bestehe, auf den vorliegenden Antrag und dessen inhaltliche Schwächen einzugehen. Die Botschaft des Antrags sei klar, einerseits wolle man afrikanische Länder nach deutschem Interesse wirtschaftlich erschließen und Profit machen; andererseits wolle man die Migration stoppen. Die Ausführungen zu einer neuen gemeinsamen Währung zeigten, dass die Antragsteller von Währungspolitik nicht viel verstehen würden, denn eine neue Währung zu etablieren wäre aktuell unsinnig. Es sei bemerkenswert und entspreche nicht der Ausrichtung der Fraktion der AfD, wenn man sich in diesem Antrag für die EU einsetzen würde. Bisher habe sie die EU und den Euro abschaffen wollen, aber hier hebe man plötzlich die positiven Seiten der EU hervor und wolle ein entsprechendes Pendant im ECOWAS schaffen. Um das eigentliche Ziel „Migration stoppen“ zu erreichen, würde die Fraktion der AfD einmal mehr die Ideen eines gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Währung missbrauchen, und das lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ebenso wie den vorliegenden Antrag, ab.

Berlin, den 27. Mai 2020

Matern von Marschall
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Eva-Maria Schreiber
Berichterstatteerin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

